Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 329. Dienstag den 25. November 1879. 73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1880 werden den Vorständen von juristischen Personen und Vereinen aller Art, sowie Arbeitgebern ꝛc. gegenwärtig Formulare zur Anfertigung von Gehalts- bez. Lohnnachweisungen behändigt, welche nach Maaßgabe der Bestimmungen in §§. 86 und 87 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, verbunden mit §. 28 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 11. October desselben Jahres, ausgefüllt **binnen acht Tagen, von der erfolgten Behändigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark, die bei Verabsäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird,** in der alten Nicolaischule, Nicolaikirchhof Nr. 12, abzugeben sind.

Sollten oben genannte Vorstände, Arbeitgeber ꝛc. Formulare in nicht genügender Anzahl oder bis zum 26. dieses Monats überhaupt nicht erhalten haben, so sind dergleichen an oben gedachter Expeditionsstelle zu entnehmen.

Leipzig, den 18. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.
Koch.

Bekanntmachung.

Herr **Ernst Witzel** beabsichtigt in seinem an der Ecke der Eutritzscher und Portstraße gelegenen Grundstücke Nr. 2708 r und 2715 r des Flurbuchs und Fol. 72 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig eine **Kleinviehschlächterei** zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, den 18. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Willisch, Afl.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für **Dienstag, den 25. November a. c.** ausgesetzt.

Leipzig, den 22. November 1879.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Die Garantiefrage bei der Eisenbahnverstaatlichung.

Die Eisenbahnvorlagen der preußischen Regierung tangiren, von anderen Berührungspuncten heute abgesehen, das Budgetrecht des Landtages in nicht zu unterschätzender Weise. In den Kreisen der Abgeordneten aller Parteien wird daher die Frage der Garantieforderungen für die zu verstaatlichenden Privatbahnen auf das Lebhafteste erörtert. Die Ansichten unter den Nationalliberalen und Conservativen gehen, wie uns aus den Fractionen gemeldet wird, nicht so weit auseinander, wie es den Anschein hat. Man ist davon durchdrungen, daß gesetzliche Bestimmungen getroffen werden müssen, um die durch das Staatseisenbahn-System bedeutend vermehrten Schwankungen im Etat thunlichst zu vermeiden oder zu vermindern und zugleich zu einer Amortisation der Eisenbahnschulden zu gelangen, welche in etwa 60 bis 70 Jahren zur Tilgung derselben führt. Die verschiedenen Wege zu diesem Ziele sind Gegenstand der Discussion, laufen jedoch sämmtlich, wie man uns weiter berichtet, darauf hinaus, daß über die Eisenbahnen eine besondere Rechnung geführt und die in dieser Rechnung bestimmten Leistungen von der Staatscasse übernommen werden müssen. Nur über die Modalitäten der Ausführung bestehen die stärksten Meinungsverschiedenheiten. Von nationalliberaler Seite wird die Sachlage wie folgt hingestellt: Bleiben die dem Staatseisenbahnsystem günstigen Parteien, wie bis jetzt anzunehmen, mit Entschiedenheit auf dieser Forderung bestehen, so wird der Finanzminister sich weniger einen unbeugsamen Widerstand entgegensetzen, als gerade von seinem Standpuncte aus die wichtigsten Gründe für eine solche Einrichtung sprechen. Weniger schwierig erweist sich die Tariffrage. Man verlangt, daß wenigstens der Normaltarif dem Landtage mitgetheilt und daß über die Abweichungen der Landeseisenbahnrath bezw. für den Directionsbezirk der Localeisenbahnrath gehört werde. Die Ansichten gehen darin aber noch auseinander, ob die Zustimmung oder nur eine Anhörung der Eisenbahnräthe erforderlich sein soll. Die überwiegende Meinung scheint indeß für das Letztere sich auszusprechen, um die Verantwortlichkeit des Ministers nicht zu berühren. Die Eisenbahncommission des Abgeordnetenhauses wird nächsten Mittwoch die Frage der Garantien discutiren. Man hofft bis dahin unter den Majoritätsfractionen eine Einigung zu erzielen. Da sich das Centrum ganz ablehnend verhalten will, so wird eine Mehrheit für die Eisenbahnvorlage nur nach erfolgter Einigung unter der nationalliberalen Partei zu erzielen sein. Daß diese Fragen, welche die preußische Landesvertretung gegenwärtig bewegen, von principieller Bedeutung für die Verwaltungsmaximen der Mittelstaaten sind, wird Niemand zu leugnen wagen. So oft auch die weitschichtige Materie nach den verschiedensten Richtungen behandelt worden ist, die bevorstehenden Debatten werden sicherlich manches neue Moment dem Stande der Frage der Eisenbahnverstaatlichung hinzufügen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 24. November.

Der complicirte Verwaltungsapparat des **deutschen Reiches** wird von der leitenden Centralstelle aus demnächst in lebhafte Bewegung gesetzt werden und schon im December und Januar soll der **Bundesrath** eine ganz besondere Thätigkeit zu entfalten haben, da es in der Absicht liegt, den **Reichstag** möglichst früh, d. h. in den ersten Tagen des Februar zu berufen. Nun wiederholt sich freilich in jedem Jahre dieselbe Erscheinung: man projectirt möglichst kurze Fristen für die parlamentarischen Arbeiten und sieht sich schließlich genöthigt, möglichst lange Sessionen abhalten zu lassen. Für den nächsten Reichstag sind nach der „N.-Z." mit Bestimmtheit zu erwarten neben dem Budget das Gesetz über die Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden, die Branntweinsteuer, die Börsensteuer und mit ziemlicher Gewißheit das Gesetz über die Eisenbahntarife, ganz abgesehen von der Möglichkeit der Einbringung des Versicherungsgesetzes. Von anderer Seite berichtet man, daß es in der Absicht der Reichsregierung liege, dem nächsten Reichstage den Entwurf eines Reichsmilitairgesetzes und zwar mit der Forderung eines erhöhten Friedenspräsenzstandes der Armee vorzulegen. Das gegenwärtig geltende Gesetz ist nur bis zum Jahr 1881 in Gültigkeit. Ferner beabsichtigt die Reichsregierung, bereits dem nächsten Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Verlängerung der Dauer des Socialistengesetzes bezweckt. Dasselbe hat nur bis zum 31. März 1881 Gültigkeit; man glaubt aber in maßgebenden Kreisen, auch nach dem angedeuteten Termin unter keinen Umständen der Waffen, die das Gesetz den Behörden in die Hand giebt, im Kampfe gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie entbehren zu können. Daß man die Vorlage bereits in der nächsten Session einzubringen gedenkt, entspringt politischen Motiven, da man jedem Bacillus, das durch eine im Frühjahr 1880 etwa erfolgende Ablehnung des Gesetzes geschaffen werden könnte, wirksam vorbeugen will. Auch sonst werden die Vorarbeiten für die nächste Reichstagssession eifrig betrieben. Der Reichshaushalts-Etat für 1880/81 ist, wie man der „N.-Z." schreibt, bereits in allen seinen Theilen festgestellt, aber noch nicht definitiv abgeschlossen. Es ist der erste Etat, der vom Reichsschatzamt ausgearbeitet ist und vom Unterstaatssecretair desselben, Herrn Scholz, eingebracht und vertreten werden wird.

So hoffnungsvoll man auch über die Zukunft **des Reichslandes** denken kann, so fehlt es dennoch bis zur Stunde an übelwollenden Elementen nicht, die der Regierung des Landes Schwierigkeiten zu bereiten suchen. So war auch bei der jüngsten Anwesenheit des Statthalters in Mülhausen der Reichstags- und nunmehrige Landesausschuß-Abgeordnete, Pfarrer Winterer, eingeladen worden, dem officiellen Empfange seitens des Feldmarschalls und dem später folgenden Diner anzuwohnen. Herr Winterer hat diese Einladung mit dem folgenden, jetzt im Pariser „Univers" veröffentlichten, zum mindesten merkwürdigen Schreiben abgelehnt: „Excellenz, die Einladung, welche ich empfangen habe, ist ohne Zweifel nicht an den Reichstags-Abgeordneten, sondern an den Pfarrer der Parochie von St. Stephan gerichtet. Unglücklicherweise kann der Pfarrer nicht vergessen, daß er mit der Seelsorge von 36,000 Pfarrkindern betraut ist, welche sich in ihren innersten Ueberzeugungen tief verletzt fühlen. Ich habe und werde niemals meine Pflichten gegenüber dem Gesetz und der Obrigkeit vergessen, aber ich würde glauben, Ew. Excellenz über die wahre Situation von Mülhausen zu täuschen, wenn ich Ihrer Einladung Folge leistete. Genehmen Ew. Excellenz ꝛc." Die „wahre Situation von Mülhausen" ist daran erkennbar, daß Herr Winterer sein Mandat für den Landesausschuß nur mit einer Stimme Majorität zu erlangen vermochte, und daß dem Statthalter seitens der alteingesessenen Bevölkerung in völlig spontaner Weise das aufmerksamste Entgegenkommen und eine durchaus sympathische Aufnahme bereitet wurde.

Seit langer Zeit haben sich zwischen einzelnen kirchlichen Gemeinden der Stadt **Berlin** und dem „Kirchenregimente" endlose Streitfragen über die Besetzung von Pfarrstellen erhoben. Endlich ist nunmehr die Jacobigemeinde nach mehrjährigen Wirren zu ihrem Rechte gekommen. Ihr dritter Erwählter, der freisinnige Prediger Werner in Guben, ist von dem unter Zuziehung des Vorstandes der brandenburgischen Provinzial-Synode beschließenden Consistorium mit 10 gegen 8 Stimmen bestätigt worden. Die beiden ersten Vertrauensmänner der Parochie, Licentiat Hoßbach und Domprediger Schramm von Bremen, waren verworfen worden, und an Anfeindungen Werner's ließen es die Orthodoxen so wenig fehlen, daß die „Kreuzzeitung" schon triumphirend melden konnte, auch Werner sei nicht bestätigt worden und werde nicht bestätigt. Inzwischen gewinnt in dem obersten Kirchenregiment die Orthodoxie immer mehr an Macht. Bis vor Kurzem gehörten nur vier Generalsuperintendenten der Hofpredigerpartei an: Schultze, Möller, Erdmann und Wiesmann. Jetzt ist Carus für Ost- und Westpreußen ernannt worden, Kögel wird Generalsuperintendent der Kurmark, nachdem Dr. Brückner sich in der Lage sah, auf dies Nebenamt zu verzichten, und für Posen ist ein dritter Anhänger der Hofprediger-Partei, Dr. Geß, in Aussicht genommen. Im Allgemeinen mag hervorgehoben werden, daß die kirchliche Reaction im Staate Friedrich's des Großen gegenwärtig rapide Fortschritte macht.

An den Uebertritt des Herrn von **Schelling** ins Reichsjustizamt knüpft sich eine Hoffnung, die weder für ihn, noch für den preußischen Staat als solchen besonders schmeichelhaft ist. Ihm wird es nämlich zugeschrieben, daß der im Reichsstrafgesetzbuch enthaltene reformatorische Gedanke der vorläufigen und widerruflichen Entlassung von Strafgefangenen zwar wohl in Bayern, Sachsen ꝛc. Leben gewonnen hat, nicht aber in Preußen. In Preußen ist ihm nur gerade so weit entsprochen worden, daß man sich etwaigen Beschwerden im Reichstag gegenüber auf den Schein des guten Willens berufen konnte. Thatsächlich wird so wenig Gebrauch wie möglich von der Ermächtigung gemacht. Die Staatsanwälte, von obenher erleuchtet, wenn nicht geradezu gelenkt, sind fast durchgängig dagegen. Freilich widersetzt sich auch die deutsche wissenschaftliche Jurisprudenz der Idee noch großentheils, beherrscht, wie sie vielfach ist, von theoretischen und abstracten Vorstellungen, anstatt von mannigfaltigen frischen Lebenserfahrungen; aber einige ihrer höchsten Autoritäten auf dem Strafrechtsfelde sind doch entschieden dafür. Vom Minister Friedberg sollte man dasselbe voraussetzen. So könnte es geschehen, daß die Verpflanzung eines hyperconservativen Beamten aus dem preußischen Staate ins Reich gerade der Durchführung eines im Reiche aufgenommenen gesetzgeberischen Gedankens zum Vortheil ausschlüge, und Herrn von Schelling's Beförderung hätte doch für den nationalen Fortschritt auch eine einzelne gute Seite.

Alle Nachrichten über den Stand der Arbeiten an der Hebung des **„Großen Kurfürsten"** sind nur geeignet, die Zweifel und Bedenken zu bestätigen, welche von anerkannt sachverständiger Seite gegen das Gelingen des geplanten Unternehmens von Anbeginn an erhoben worden sind; so viel dürfte jedenfalls — wie aus Kiel gemeldet wird — feststehen, daß von wirklichen Hebungsversuchen an dem versunkenen Schiffe in diesem Jahre keine Rede mehr sein kann, und fraglich möchte es denn doch sein, ob die oberste Marinebehörde zu einer auf unbestimmte Dauer ausgedehnten Verlängerung des Contractes mit den Unternehmern sich bereit finden lassen wird.

* * *

In den oberen **russischen** Regierungskreisen hat bekanntlich ein ziemlich umfassendes Revirement begonnen. Wenn, wie aus allen vorhandenen Symptomen hervorzugehen scheint, Herr von Walujeff der Mann der Zukunft in Rußland ist, wenn Herr von Oubril von Berlin nach Paris versetzt wird, so mag allerdings der Panslawismus auf schwere Tage gefaßt sein. Fürst Bismarck hätte dann seinen Sieg über Gortschakoff voll und ganz errungen. Allein es bliebe noch immer zu ergründen, warum Graf Schuwaloff in Ungnade gefallen ist, es wäre denn, daß der deutsche Reichskanzler selbst dies noch durchsetzen könnte, daß Schuwaloff als Botschafter nach Berlin käme. Auch dann aber wäre nur die Interessen-Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland, soweit sie in dynastischen Neigungen wurzelt, hergestellt; der Interessen-Gegensatz zwischen Wien und Petersburg aber ist durch Personal-Veränderungen nicht zu beseitigen; das scheint sich täglich bestimmter zu bestätigen.

Im **französischen** Ministerium des Aeußern ist nach Pariser Nachrichten die Rede davon, daß der französische Botschafter in Wien, Mr. Teisserenc de Bort, aus Gesundheitsrücksichten seine Demission geben werde. Als seinen Nachfolger bezeichnet man einerseits den Cabinetsdirector des Ministers des Aeußern, Grafen de Pontécoulant, und andererseits den bisherigen Botschafter in Konstantinopel, Mr. Fournier. Letzterer soll mehr Chancen haben und würde in diesem Falle in Konstantinopel durch den Gesandten in Athen, Mr. Baude, ersetzt werden, dem die Aufgabe zufiele, die griechische Frage einer günstigen Lösung zuzuführen. Als Vertreter nach Athen ginge dann Mr. Chaudordy, der Freund Gambetta's. Es ist bekannt, daß Gambetta sich für die Griechen besonders interessirt. Die französische Diplomatie verfolgt mit größter Aufmerksamkeit alle Zwischenfälle des englisch-türkischen Conflictes, ohne sich im Geringsten einzumischen. Deshalb anerkennt man auch auf der Pariser türkischen Botschaft gern die correcte Haltung Frankreichs, dessen Uneigennützigkeit im Oriente und die Politik „der reinen Hände" des Ministers Waddington. „Wäre nicht die griechische Frage, fügt man — so meldet die „P. C." — hinzu, so würden sich die gegenwärtigen Sympathien der Türkei für Frankreich womöglich verdoppeln. Es ist wahr, daß es Frankreich in der Türkei nach nichts gelüstet und daß es den politischen status quo aufrichtig wünscht. Allein Mr. Waddington hält sich bereit, zu Gunsten der großen französischen Interessen im Oriente an der Seite Englands ernstlich zu intervenieren." — Der Prinz Napoleon hat der Kaiserin Eugenie, welche Paris wieder verlassen hat, einen Besuch gemacht, bei dem die Unterhaltung, nach Aussage bonapartistischer Kreise, eine ebenso respectvolle als innige war. Die Bonapartisten legen diesem Versöhnungsacte eine große Bedeutung bei. — Der Socialist Humbert zieht seine Candidatur im Departement Vaucluse zu Gunsten Gent's zurück, da er, wie die Radikalen sagen, nicht gegen einen Mann candidiren will, dem die Regierung auf eine hinterlistige Weise sein Mandat geraubt habe. — Die Kaiserin von Rußland wird nächsten Mittwoch Cannes verlassen und sich nach Florenz begeben, wo dieselbe nach den bisherigen Bestimmungen einen achttägigen Aufenthalt nehmen wird.

Die Engländer zeigen sich zufrieden mit der Nachgiebigkeit der **Pforte**. Die Ernennung Baker Pascha's zum Vertreter des Sultans in Kleinasien, um die Reformen zu überwachen, hat in London einen guten Eindruck gemacht. So bemerkt der „Globe", es sei keine leichte Concession, welche dem widerstrebenden Sultan abgerungen worden; mußte es demselben doch scheinen, als habe er die höchste Autorität in seinem eigenen Territorium thatsächlich niedergelegt und den Händen eines Ausländers übertragen. Es lägen Beweise vor, daß Rußland die Sache so aufgefaßt, dessen Botschafter seinen ganzen Einfluß geltend gemacht habe, um die Türkei von ihren Freunden — insbesondere den englischen — zu retten. Glücklicherweise hätten die russischen Machinationen keinen Erfolg gehabt. Die St. Petersburger Blätter sind natürlich sehr wenig erbaut über die „Annäherung" zwischen der Türkei und England. So äußert sich u. A. die „St. Peterburgskia Wedomosti": „Durch die Ernennung Baker Pascha's, durch eine definitiv zwischen England und Persien zu Stande gekommene Annäherung, durch die Besetzung Afghanistans durch die Engländer, durch den englischen Einfluß in China werden wir in kurzer Zeit wie mit einem Ringe von einer ganzen Kette von Staaten umgeben sein. Und dieser Ring wird sich immer mehr zusammenziehen, um uns immer mehr einzuzwängen. Diese Frage wird für die Masse nicht so bald aufgeklärt werden. Für einen Staat ist aber die Sorge für seine Existenz im folgenden Jahrhundert ebenso wichtig, wie für das einzelne Individuum die Sorge für den kommenden Tag."

Die Lage in Konstantinopel faßt ein Londoner Correspondent der „Allg. Z." wie folgt zusammen: „Nur etwas mehr als dreißig Jahre trennen uns Deutsche von der Zeit, wo weder Preußen, noch Oesterreich ein Parlament besaß, und ein über mehr als ein Drittheil unserer Nation gebietender Herrscher „zwischen sich und seinem Volke kein Blatt Papier" dulden wollte. Warum also den Türken verhöhnen, wenn sein durch Sturm-Petitionen erlangtes, auf russisches Gebot wieder nach Hause geschicktes Parlament nicht sofort der Inbegriff der Vollkommenheit war? Das Entscheidende ist, daß die verschiedenen Volksstämme des Osmanischen Reiches — die an Abkunft und Sprache nicht stärker von einander abweichen,